Frage des Tages: Wie viel Vertrauen haben Sie noch in die Polizei?

Vor Eidbrechern wird gewarnt

Die einen sind empört, die anderen haben Verständnis: Unsere Leserschaft reagiert gespalten auf den Rechtsextremismus-Skandal bei der Polizei

Es ist mir unbegreiflich, was in den Köpfen dieser Polizisten vor sich geht. Ich wünsche mir, dass ihre anständigen Kollegen sich deutlich und laut von dieser widerlichen Denkweise distanzieren.
Gunhild Witjes, Oberhausen

Mein Vertrauen ist nach wie vor unerschütterlich. Ich kann nicht nachvollziehen, wie es möglich war, dass jahrelang rechtsextreme Parolen und Bilder unter Polizeibediensteten kursierten, ohne dass durch Mitarbeiter entsprechende Meldungen an vertrauensvolle Vorgesetzte erfolgten. Fatal wäre es jetzt, alle Polizisten „über einen Kamm zu scheren“ Die haben es derzeit schwer genug.
Reinhard Riesner, Herne

Seit vielen Jahren wurde von der Politik verlangt, dass die Polizei Störenfrieden, Kriminellen etc. mit Diplomatie statt mit Gewalt entgegenwirken soll. Dies hat dazu geführt, dass unseren Ordnungshütern gegenüber keinerlei Respekt mehr gezollt wird. Kommt es dann tatsächlich zum Einsatz von Gewalt seitens der Polizei, wird alles mit Handys aufgenommen. Allerdings wird dann nur das Verhalten der Polizei aufgenommen und nicht, wie sich die Situation im Vorfeld entwickelt hat. Jeder Polizist muss sich später für sein Verhalten verantworten. Welche Rechte haben eigentlich unsere Polizisten, die tagtäglich ihr Leben für uns aufs Spiel setzen. Wie viele wurden in letzter Zeit körperlich angegangen und verletzt. Schon mal hierüber nachgedacht?
Elke Griebeling, per E-Mail

Ich habe weiterhin großes Vertrauen in die Polizei. Wenngleich endlich von der Politik anerkannt werden muss, dass die Polizei, auch systemisch bedingt, ein Abbild der gesellschaftlichen Veränderung ist. Null Toleranz muss auch innerhalb der Polizei gelten.
Alexander Klein, Bochum

Nordrhein-Westfalens Polizisten stehen unter Dauerbelastung. Was rechtfertigt das – und was rechtfertigt es nicht? FOTO: ANDRÉ HIRTZ / FFS

Herr Reul ist schockiert und konnte sich das nicht vorstellen? Der Polizeipräsident ist zutiefst bestürzt? Hätten Herr Reul und Herr Richter selbst eine andere Hautfarbe oder hätten sie wie wir einen dunkelhäutigen Sohn, der im Laufe seines bisherigen Lebens wiederholt von Polizisten schikaniert und beleidigt wurde, dann wüssten sie von den rechtsradikalen Gesinnungen innerhalb ihrer Polizei. Die Chat-Gruppe gibt es seit 2013 und keinem ist etwas aufgefallen? Komisch!
Renate Maddocks, Essen

Wenn rechtsextreme Gedanken in der Polizei Platz gegriffen haben, könnte das m.E. auch damit zusammenhängen, dass gefasste Täter nach kurzem Richterspruch sofort auf freien Fuß gelassen werden... Das erzeugt Unmut.
Alfons Fiedler, Mülheim

Bei diesen Beamten/innen handelt es sich für mich (KHK a. D.) nicht mehr um Kollegen. Sie haben einen Eid auf die Verfassung des Landes NRW geschworen. Diesen Eid haben sie durch ihr Verhalten gebrochen. In unserer Ausbildung sind wir auf den demokratischen Rechtsstaat und Grundrechte eingewiesen worden. Jedes polizeiliche Handeln kann nur auf einer gesetzlichen Grundlage erfolgen, die auf dem Grundgesetz basiert. Durch ihr Verhalten bzw. ihre Einstellung haben sich diese Beamten von dieser Grundlage polizeilichen Handelns entfernt. Diese Polizisten haben ihren Eid gebrochen und sind Straftäter. Sie sind zu bestrafen und aus dem Polizeidienst zu entfernen, ohne Pensionsansprüche.
Harry Mertens, Bochum

Größter Vorfall seit Jahren in NRW

- **Die NRW-Polizei** wird vom schwersten Extremismus-Skandal seit Jahren erschüttert. **Mindestens 29 Polizistinnen und Polizisten** sollen an rechtsextremen Chatgruppen teilgenommen haben. Hier wurden **seit 2013 mindestens 126 Bilddateien mit rassistischen Inhalten** verschickt.
- **25 Beamte gehören zum Polizeipräsidium Mülheim** und waren im Streifendienst tätig.
- **Alle Beamten wurden suspendiert**, 14 von ihnen sollen vollständig aus dem Dienst entfernt werden.

BRIEFE AN DIE REDAKTION

Stimmen, Meinungen, Reaktionen

Keine Macht

Zum Flüchtlingslager Moria. Es ist schon erstaunlich, wie zwei – oder drei – Leute (Assad, Erdogan, Putin) das Abendland, sprich Europa, bloßstellen können. Das „christlich“ im christlichen Abendland kann man streichen. Und die wirtschaftlich starke Region Europa ist machtlos gegenüber Diktatoren, die Millionen ihre Staatsbürger außer Landes treiben. Und die die europäischen Mitgliedsstaaten vorführen, die sich untereinander streiten, aber überhaupt keine Gemeinsamkeit gegenüber diesen Machthabern zustande bringen. „Seht! Europa hat keine Macht!“
Albrecht Groddeck, Essen

Luxemburg will 15 Flüchtlinge aufnehmen. Und jetzt kommt die Intelligenzfrage: Wie viele Luxemburgs brauchten wir, um Moria zu leeren?
Norbert Boretzky, Bochum

Ausgerechnet die klammen Kommunen, die gerade hier im sozialen Bereich kürzen/streichen – auch in der Jugendarbeit – drängen auf Aufnahme von Flüchtlingen, die mit weiteren zusätzlichen Ausgaben verbunden sind.
Franz Galikowski, Hamminkeln

Ein Wendehals

„Mich hat niemand gedrängt“. Das ist bei Herrn Seehofer auch nicht nötig, da er sich schon während der Flüchtlingskrise nach 2015 als politischer Wendehals erwiesen hat: Zunächst blies er sich medienwirksam als großer Merkel-Widersacher auf, um dann als Bettvorleger der „lieben Angela“ zu landen. Ist er jetzt wieder eingeknickt? Jedenfalls sollte er schleunigst den Vorschlag der griechischen und österreichischen Regierung unterstützen, für die Flüchtlinge neue Lager vor Ort einzurichten, damit sich die EU nicht erpressbar macht.
Ulrich Krause, Bochum

Völkerrecht für alle

Trump: Wollte Assad ausschalten. „Ausschalten“ ist ein von Trump gern benutztes Wort. „ Wir werden euch finden. Wir werden euch ausschalten“. Januar 2020 hat er auch den Iraner Suleimani „ausgeschaltet“. Hört sich für seine Wähler konsequent und entschlossen an. Aber auch für solch finstere und unerbittliche Gestalten gilt das Völkerrecht. Und da kommt das Wort „ausschalten“ aus gutem Grund nicht vor.
Jürgen Bordt, Essen

Weiter gemolken

Rentnern droht Corona-Nullrunde. Auf diese Minimalerhöhungen kann der Rentner auch noch verzichten, da ohnehin mit der Steuererklärung das Finanzamt wieder die Hand aufhält und entsprechend mehr abschöpfen kann. Es wird Zeit, dass diese Doppelversteuerung aufhört und die Pensionäre eingebunden werden, um sich ebenfalls gesamtgesellschaftlich beteiligen zu müssen. Es funktioniert ja, siehe Österreich. Der Rentner als schwächstes Mitglied wird in Deutschland nach vielen Jahren harter Arbeit weiter gemolken. Warum das sozialverträglich sein soll, verstehe ich nicht.
B. Schacht-Turay, Duisburg

Milliarden sind da

Zur Rente. Da werden Milliarden an Steuergeldern mit der Gießkanne verschleudert und den Rentnern drohen Nullrunden! Sicherlich waren viele Maßnahmen auch gut und richtig, aber doch nicht auf Kosten der Rentner! Die paar Millionen Rentner sind allerdings auch Wähler!
Peter Groschka, per E-Mail

Warum und wie?

Arm trotz Kurzarbeitergeld. Warum und wie sollen Arbeiter aus dem Niedriglohnsektor kommendes Jahr Steuern für das Kurzarbeitergeld zahlen. Manche von ihnen sind froh, wenn sie wieder richtig arbeiten können und volles Gehalt bekommen. Viele konnten gerade so Miete und andere Kosten tragen. Warum gibt es bei uns so eine Ungerechtigkeit? Jeder Hartz IV-Empfänger braucht sich deswegen keine Sorgen zu machen, er bekommt sein Geld einfach weiter und Miete wird auch bezahlt. Steuern zahlen muss er auch nicht. Denkt bitte an soziale Gerechtigkeit. Danke.
Petra Gruenendick, per E-Mail

Etwas dubios

Zum Fall Nawalny. Das „Team“ Nawalny ging bisher davon aus, dass Nawalny durch einen am Flughafen in Omsk getrunken Tee vergiftet wurde. Nun „geht man davon aus“, dass er im Krankenhaus von Omsk mit einer „Wasserflasche“ vergiftet wurde. Eine dritte Variante hält man noch in der Hintertür. Wo bleiben die stichhaltigen Beweise, ob, wo, wann und wie Nawalny „vergiftet“ wurde? Das Ganze erscheint, vorsichtig ausgedrückt, doch etwas dubios.
Theodor Straberg, Herne

SO ERREICHEN SIE UNS

Schicken Sie uns Ihre Meinung! Die Redaktion behält sich das Recht vor, eingeschickte Leserbriefe zu kürzen. Anonyme Briefe werden nicht berücksichtigt.

Senden Sie Ihren Leserbrief mit Namen und Wohnort bitte an:

Westdeutsche Allgemeine Zeitung
Stichwort: Leserbriefe, 45123 Essen,
Fax: 0201 804-2841
E-Mail: **meinungsforum@waz.de**
Oder diskutieren Sie mit:
facebook.com/waz

DIE NÄCHSTE FRAGE

„Trotz Corona-Einschränkungen: Freuen Sie sich auf die Bundesliga?“

Wir freuen uns auf Ihre Antworten

DIE TOP-THEMEN

1. Haben Sie noch Vertrauen in die Polizei?
2. Aufnahme von Flüchtlingen aus Moria
3. Corona-Nullrunde für die Rentner
4. Trump wollte „ausschalten“
5. Der Fall Nawalny

Anzeige

LESER WERBEN LESER

JETZT MIT MEGA PRÄMIE! BIS ZUM 30.09.

Jetzt Ihre WAZ **empfehlen**...

Inkl. aller WAZ+ Artikel auf WAZ.de

... und dafür **150 Euro** kassieren!

Angebots-Nr.: NS200298
Direkt bestellen: 0800 / 60 60 710 waz.de/megapraemie2020
WAZ